19.409 n Pa.Iv. Bregy. Kein «David gegen Goliath» beim Verbandsbeschwerderecht

Geltendes Recht

Vorentwurf der Kommission für Umwelt,
Raumplanung und Energie
des Nationalrates

vom 28. März 2023

Mehrheit

Minderheit (Masshardt, Clivaz Christophe,
Egger Kurt, Feri Yvonne, Flach, Girod, Munz,
Schneider Schüttel, Suter)

Nichteintreten

**Bundesgesetz
über den Natur- und Heimatschutz
(NHG)**

Änderung vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen
Eidgenossenschaft,*

nach Einsicht in den Bericht der Kommission
für Umwelt, Raumplanung und Energie des
Nationalrates vom [Datum des Entscheids der
Kommission]¹
und in die Stellungnahme des Bundesrates
vom [Datum]²,

beschliesst:

1 BBl 2023 ...

2 BBl 2023 ...

Geltendes Recht

Vorentwurf der Kommission des Nationalrates

I

Das Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz³ wird wie folgt geändert:

Art. 12 Abs. 1^{bis}

Art. 12

Beschwerderecht der Gemeinden und der Organisationen

1. Beschwerdeberechtigung

¹ Gegen Verfügungen der kantonalen Behörden oder der Bundesbehörden steht das Beschwerderecht zu:

- a. den Gemeinden;
- b. den Organisationen, die sich dem Naturschutz, dem Heimatschutz, der Denkmalpflege oder verwandten Zielen widmen, unter folgenden Voraussetzungen:
 1. die Organisation ist gesamtschweizerisch tätig,
 2. sie verfolgt rein ideelle Zwecke; allfällige wirtschaftliche Tätigkeiten müssen der Erreichung der ideellen Zwecke dienen.

Mehrheit

^{1bis} Das Beschwerderecht steht den Organisationen nicht zu gegen Verfügungen, die sich auf Wohnbauten mit einer Geschossfläche von weniger als 400 m² innerhalb von Bauzonen beziehen; das Beschwerderecht bleibt bestehen bei Wohnbauten:

- a. innerhalb von bedeutenden Ortsbildern oder wenn die Vorhaben geschichtliche Stätten oder Kulturdenkmäler direkt betreffen oder wenn sie in unmittelbarer Nähe davon errichtet werden sollen; oder

Minderheit (Jauslin, Clivaz Christophe, Egger Kurt, Flach, Girod, Grossen Jürg, Klopfenstein Brogini, Masshardt, Munz, Nordmann, Schneider Schüttel, Suter)

^{1bis} Das Beschwerderecht steht den Organisationen nicht zu gegen Verfügungen, die sich auf Wohnbauten mit einer Geschossfläche von weniger als 250 m² innerhalb von Bauzonen beziehen; das Beschwerderecht bleibt bestehen bei Wohnbauten:

Geltendes Recht

**Vorentwurf der
Kommission des Nationalrates**

(Mehrheit)

- b. innerhalb von Biotopen von nationaler, regionaler oder lokaler Bedeutung oder innerhalb des Gewässerraums.

Mehrheit

(Minderheit)

- c. innerhalb von Bauzonen, die für eine Auszonung als geeignet erscheinen.

Minderheit (Munz, Clivaz Christophe, Egger Kurt, Klopfenstein Broggin, Masshardt, Nordmann, Schneider Schüttel, Suter)

- d. die dem Zweitwohnungsgesetz vom 20. März 2015¹ unterstellt sind.

² Das Beschwerderecht steht den Organisationen nur für Rügen in Rechtsbereichen zu, die seit mindestens zehn Jahren Gegenstand ihres statutarischen Zwecks bilden.

³ Der Bundesrat bezeichnet die zur Beschwerde berechtigten Organisationen.

⁴ Zuständig für die Beschwerdeerhebung ist das oberste Exekutivorgan der Organisation.

⁵ Die Organisationen können ihre rechtlich selbständigen kantonalen und überkantonalen Unterorganisationen für deren örtliches Tätigkeitsgebiet generell zur Erhebung von Einsprachen und im Einzelfall zur Erhebung von Beschwerden ermächtigen.

Art. 25e Übergangsbestimmung zur Änderung vom [Datum]

Verfahren, bei denen die Bewilligungsbehörde über das Baugesuch vor dem Inkrafttreten der Änderung vom [Datum] dieses Gesetzes entschieden hat, werden nach bisherigem Recht zu Ende geführt.

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.